

LK 2

Im Hause

Betreff: „Bundesteilhabegeld“
hier: Protokollnotiz der 92. ASMK
Bezug: Anforderung von LK 2 für „Sprachregelung“
Anlage: - -

Vorschlag zur Sprachregelung für ASMK-Protokollnotiz „Bundesteilhabegeld“:

Sachverhalt:

In der Protokollnotiz zu TOP 5.2 der 92.ASMK zum „Bundesteilhabegeld“ halten die Bundesländer (Ausnahme: Bayern) „ein Bundesteilhabegesetz weiter für eine geeignete Weiterentwicklung für mehr Eigenverantwortlichkeit für Menschen mit Behinderungen.“

Sprachregelung BMAS:

Die Haltung der Länder zur Frage der Einführung eines Bundesteilhabegeldes kann nicht nachvollzogen werden. Die Beratungen in der hochrangigen Arbeitsgruppe Bundesteilhabegesetz (BTHG) haben gezeigt, dass die Einführung eines Bundesteilhabegeldes so hohe zusätzliche Kosten verursachen würde, dass die Finanzierbarkeit und damit das Zustandekommen des BTHG insgesamt in Frage gestellt wäre.

Mit dem BTHG ist - jenseits der Mehrausgaben für eine geringere Einkommens- und Vermögensheranziehung - nicht beabsichtigt mehr Geld in das Leistungssystem zu bringen. Vielmehr sollen die Leistungen zielgenauer erbracht und Leistungsverbesserungen punktuell dort umgesetzt werden, wo sie gebraucht werden.

Die Einführung eines pauschalierten „Bundesteilhabegeldes“ erreicht diese Ziele nicht. Die jährlichen Mehrausgaben liegen bei ca. 800 Mio. Euro und aufgrund von Mitnahmeeffekten (Mehrkosten für Personen, deren Eingliederungshilfeleistungen geringer sind als das zu gewährende Bundesteilhabegeld) wären sogar 1 Mrd. Euro jährliche Mehrausgaben zu erwarten, ohne signifikante Verbesserungen für die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen zu erreichen.

Mit ihre Forderung belasten die Länder das Vorhaben.

- Es werden bei den Betroffenen und den Trägern der Eingliederungshilfe erneut unrealistische Erwartungen auf Leistungsverbesserungen bzw. finanzielle Entlastungen geweckt, für deren Nichterfüllung dann dem Bund, namentlich dem BMAS die Schuld zugewiesen würde.
- Es bestätigt die bei Finanzpolitikern vielfach vertretene Auffassung, dass dieser Politikbereich ein Fass ohne Boden sei, man es also am besten erst gar nicht anrühre und das Vorhaben „BTHG“ am besten einstelle.

gez. Marc Nellen